

Weinfelden, 22. April 2026

Medienmitteilung zur Generalversammlung der IHK Thurgau vom 21. April 2026

Die Schweiz befindet sich bei diversen Themen im Dazwischen

Der Fokus der diesjährigen Generalversammlung der Industrie- und Handelskammer Thurgau lag auf den Herausforderungen der Schweiz in Übergangsphasen, der Relevanz von Migration für den Arbeitsmarkt und die Altersvorsorge sowie auf dem Wirtschaftsausblick der Schweizerischen Nationalbank.

Die Schweiz befindet sich gleichzeitig in mehreren tiefgreifenden Übergängen – bei der Altersvorsorge, der Energieversorgung, der Digitalisierung, der Demographie oder der Sicherheitspolitik. IHK-Präsidentin Kristiane Vietze beschreibt diesen Zustand mit dem Begriff der Liminalität: ein Schwellenzustand, in dem das Alte nicht mehr trägt und das Neue noch nicht erreicht ist. Politische Polarisierung verschärft die Lage, weil sie den Konsens verhindert, den die Schweiz institutionell braucht. «Das System braucht, was die Gesellschaft zurzeit nicht einig ist zu wollen», bringt Vietze den Kern des Widerspruchs auf den Punkt. Und weiter: «Wir erleben in verschiedenen Themen einen Reformstau oder gar einen Unwillen, die Rahmenbedingungen der neuen Realität anzupassen.»

Was KMU jetzt brauchen – und tun können

Für Unternehmerinnen und Unternehmer verdichtet sich die kollektive Ungewissheit des Schwellenzustands zu konkreten Alltagsfragen: Investieren oder abwarten? Stellen ausschreiben oder nicht? Die systemische Unsicherheit bei Energie, Arbeitskräften und Regulierung macht langfristige Planung schwierig. Vietze ruft dennoch zum Handeln auf: «Wer darauf wartet, dass sich die Verhältnisse klären, bevor er handelt, wartet zu lange.» Statt Resignation brauche es Szenarien, politisches Engagement statt Rückzug und starke Netzwerke. Die IHK verstehe sich dabei als «Ort der kollektiven Orientierung in einer Zeit, in der Orientierung rar ist» – und als Organisation, die faktenbasierte Wirtschaftspolitik und nicht Parteipolitik mache.

Nein zur starren Bevölkerungsgrenze von 10 Millionen

Pascale Ineichen, stellvertretende Direktorin der IHK, erklärte in ihren Ausführungen, dass die Schweiz jeden zweiten Franken im Ausland verdiene und ihr Wohlstand direkt von offenen Märkten und qualifizierten Arbeitskräften abhängt. Bis in 10 Jahren fehlten bedingt durch die demografische Entwicklung bis zu 500'000 Arbeitskräfte, 60'000 allein in der Ostschweiz. Durch Investition in Digitalisierung, eine Reduktion von Teilzeitarbeit oder ein höheres Rentenalter könne die Lücke teilweise geschlossen werden – aber nicht vollständig. Der faktische Zuwanderungsstopp der SVP-Initiative führe zu einem Verteilungskampf um Fachkräfte. «Es macht deshalb keinen Sinn, die Bevölkerungszahl auf 10 Millionen zu begrenzen.» Die Kündigung der Personenfreizü-

gigkeit mit der EU würde zudem aufgrund der Guillotine-Klausel zum Wegfall sämtlicher Bilateralen I führen und auch die Forschungszusammenarbeit gefährden. Und ein Ausschluss aus den Schengen / Dublin-Abkommen hätte gravierende Folgen für die innere Sicherheit. «Ohne Zugang zum Schengener Informationssystem würde unsere Polizei bei der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung völlig im Dunkeln tappen», so Ineichen.

Konflikt im Nahen Osten hat Einfluss auf Inflationserwartungen

Als Gastrednerin machte Dr. Petra Tschudin, Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, einen Wirtschaftsausblick und sprach zur Geldpolitik. «Der Krieg im Iran hat einen Anstieg der Energiepreise ausgelöst und dieser liess die kurzfristigen, marktbasieren Inflationserwartungen ansteigen», so Tschudin. Zudem führte sie aus, dass die SNB aufgrund der Eskalation im Nahen Osten eine erhöhte Bereitschaft für Devisenmarktinterventionen habe, um einer raschen und übermässigen Aufwertung des Frankens entgegenzuwirken, welche die Preisstabilität in der Schweiz gefährden würde. Weiter sagte sie, dass sich der mittelfristige Inflationsdruck in der Schweiz kaum verändert habe – die SNB hat daher den Leitzins an ihrer letzten Lagebeurteilung im März bei 0% belassen.

Martina Wüthrich und Lukas Gmür neu im Vorstand

Die Versammlung hiess den Bericht sowie die Rechnung des Geschäftsjahres 2025 einstimmig gut. Sie wählte zudem zwei neue Vorstandsmitglieder: Martina Wüthrich von Muri Partner Rechtsanwälte sowie Lukas Gmür von der Gesamtwerk Agentur GmbH und Präsident der Arbeitgebervereinigung Region Arbon. Aus dem Vorstand verabschiedet wurden Dennis Reichardt, Inhaber von Die Klimamacher, Dominik Hasler, Inhaber der Hasler Transport AG sowie der frühere Griesser-CEO Urs Neuhauser. Als neuen Vize-Präsidenten wählte die Kammer Christian Sallmann, Co-CEO der ISA Sallmann AG. IHK-Direktor Jérôme Müggler wies in seinen Ausführungen auf den operativen Start des I+D Campus in Kreuzlingen hin, den die Kammer in den vergangenen Jahren entwickelt hatte und nun in eine eigenständige Stiftung überführt hat.

Kontakt für Rückfragen

Jérôme Müggler
Direktor IHK Thurgau
Tel: 071 626 30 93 / jerome.mueggler@ihk-thurgau.ch

Über die IHK Thurgau

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Thurgau ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband von mehr als 630 Dienstleistungs-, Industrie- und Handelsunternehmen aus dem Kanton Thurgau. Als Interessenvertretung ihrer Mitglieder wirkt die IHK Thurgau als Scharnier zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Sie analysiert, kommuniziert und handelt mit dem Ziel, optimale wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für Ihre Mitgliedsunternehmen und den Arbeits- und Wohnort Thurgau zu schaffen.

Mehr Informationen unter: www.ihk-thurgau.ch